

Hr. Jacques SANTER (Premierminister, Luxemburg) (Simultanübertragung aus dem Französischen): Herr Vorsitzender, Exzellenzen, meine Damen und Herren, durch das Los bin ich einer der letzten Redner bei dieser denkwürdigen Veranstaltung.

Die bisherigen Reden enthalten alle die Feststellung, daß wir heute außergewöhnliche Stunden erleben, die wesentlich für die Zukunft unseres Kontinents sind. Der Präsident der französischen Republik stellte eingangs diese Veranstaltung in den historischen Kontext. Er tat dies mit der ihm eigenen Klarheit und Beredtheit, die wir kennen. Ich möchte ihm auch im Namen meiner Delegation für die herzliche Aufnahme danken, die wir in Frankreich und in der französischen Hauptstadt gefunden haben.

Herr Vorsitzender, für Europa ist unser Treffen die Vollendung eines langen, mit vielen Schmerzen verbundenen Prozesses, das aber auch Ausgangspunkt des Weges hin zu neuen Horizonten ist.

Zuerst einmal die Vollendung. Im Rückblick werden die Analytiker und die Historiker zweifellos Arbeiten über das heutige Ereignis verfassen, das wir heute gemeinsam begehen. Gestatten Sie mir zu sagen, daß für Luxemburg dieses Gipfeltreffen der Endpunkt eines langen Weges ist, der 175 Jahre dauerte. Dieser Weg begann am 9. Juni 1815 in Wien. Damals war es, als die kriegsmüden Großmächte zum ersten Mal gemeinsam eine neue Architektur für Europa skizzierten. Dabei haben sie Luxemburg aus Stückchen wieder zusammengesetzt, denn Luxemburg war durch drei Jahrhunderte der Besetzung und der Gebietszusammenlegungen von der Landkarte verschwunden gewesen. Mein Land verdankt diese "Renaissance" der Widerstandskraft seiner Festung. Diese war ein Schlüsselement im Sicherheitssystem gegen die Bestrebungen der einen und Ambitionen der anderen. Alles geschah von autoritätswegen, ohne Befragung der Bevölkerung. Alles geschah ohne jede demokratische Kontrolle: man sprach zu, man trat ab, man entschädigte. Bei den Bemühungen um die neue Friedensordnung sprach man sogar von so mißverständlichen Konzepten wie der "natürlichen Grenzen". Kurz gesagt, Europa war damals gestützt auf juristisch-militärische Konstruktionen, Archetypen der Diplomatie.

Hr. Santer

Der Vertrag von Wien mit seinen 129 Artikeln schuf eine Friedensordnung, die für mehr als ein Jahrhundert zwischen den großen Staaten, die für sich allein den Begriff "Europa" in Anspruch nahmen, willkürlich eine Diskriminierung schuf. Die kleinen Staaten hatten kein Mitspracherecht. Sie waren nicht einmal Vertragspartner. Die Abwesenheit jedes Verweises auf die Menschen, die in diesem neuen Europa leben mußten, hatte im Laufe der Zeit Spannungen zur Folge, die dann zu Krisenherden wurden und schließlich zu schrecklichen Kriegen. Heute wird uns reell die Gelegenheit geboten, endgültig mit diesem Erbe aufzuräumen. Nur drei positive Aspekte finden sich jetzt, 175 Jahre später, in diesem Wiener Vertrag:

- einmal eine gewisse Achtung der territorialen Integrität,
- dann die Tugend der Konferenzdiplomatie,
- ein vertraulicher Stil der Kontakte und der Gegenüberstellung.

Als am 1. August 1975 die Regierungs- und Staatschefs der 35 Länder Europas, der Vereinigten Staaten und Kanadas die Schlußakte von Helsinki unterzeichneten, begann nach und nach eine "Scheidung", eine Loslösung, die wir heute ratifizieren. Fünfzehn Jahre und viele Dramen waren nötig, um nun - trotz feierlich eingegangener Verpflichtungen - die letzten Reste der alten Ordnung, basierend auf Gewalt und Einschüchterung, zu beseitigen. Die Schlußakte von Helsinki, einst verschrien bei den einen und manipuliert von den anderen, scheint uns heute die Verfassung des "Großen Europas" zu sein, das wir jetzt gemeinsam aufbauen.

Ich möchte es nicht unterlassen, all jenen zu danken, die von Anfang an keine Anstrengung gescheut haben, um im Rahmen unzähliger Konferenzen die Ergebnisse zu erarbeiten, die wir morgen annehmen werden. Es liegt mir auch daran, den Mut und die Hingabe all derer zu erwähnen, die sich in Mittel- und Osteuropa manchmal um den Preis ihres Lebens dafür eingesetzt haben, daß die Prinzipien eingehalten werden, die ihre Regierungen formell unterzeichnet hatten. Es seien hier nur Sacharow, Havel, Hayek und die Solidarnosc namentlich erwähnt, die neben vielen anderen zu Gallionsfiguren der vor 15 Jahren in der finnischen Hauptstadt entworfenen Dynamik wurden.

Für Luxemburg eröffnen sich mit dem heutigen Datum neue Horizonte. Der KSZE-Prozeß vereint in seinen drei Körben alle Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um in Europa eine "zweite Renaissance" herbeizuführen:

- er verbürgt zuerst die Gleichheit aller Staaten, der großen, mittleren und kleinen
- er garantiert ihre Sicherheit und ihre Souveränität und schützt sie vor jedem Überraschungsangriff;
- er befürwortet unter allen Umständen die Achtung des Rechtsstaates und die Funktion der demokratischen Einrichtungen;
- er stellt die Verteidigung des Menschen, seiner Grundrechte und seiner kulturellen Bestrebungen - über alle anderen Überlegungen;
- er ermöglicht auf der Grundlage der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft den Entwurf einer europaweiten Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlichen Bereich;
- und schließlich soll er zur Aufrechterhaltung unserer Lebensumwelt beitragen.

Der KSZE-Prozeß hat im Bereich der Menschenrechte zweifelsohne große Verdienste erworben. Welche Regierung würde es heute noch wagen, zu Repressionen und Einschüchterungen zu greifen, wie dies bei den friedlichen Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz in Prag, auf dem Werftgelände in Danzig oder in den Straßen von Moskau der Fall war. Das Kriegsrecht, die Zensur, die Störung von Radiosendungen, die Beschlagnahme von Büchern und Publikationen, das Verbot der Religionsausübung, der Antisemitismus, die Verhinderung von Eheschließungen und Familienzusammenführungen, die Reisebeschränkungen, all das sind Verletzungen, die uns vor noch nicht allzu langer Zeit beschäftigt haben. Tatsächlich ist es so, daß es ohne Freiheit keinen wahren Frieden in Europa geben konnte. Nach den friedlichen Revolutionen dieses

Hr. Santer

außerordentlichen Jahresendes 1989 ist der Frieden nun in Reichweite. Um ihn zu festigen, ist auch der Weg schon vorgegeben:

Wir müssen erstens die Erfüllung der Prinzipien der Schlußakte überall dort betreiben, wo es noch Lücken und Mängel gibt: ob es nun um die Grundrechte des Menschen und insbesondere um Bestrebungen der Minderheiten und verschiedener ethnischer Gruppen auf unserem Kontinent geht;

zweitens muß der Abrüstungsprozeß vorangetrieben werden. Die gegenwärtig geltenden Mandate geben uns dazu das Recht. Unser Ziel ist nach wie vor ein weniger bewaffneter Frieden mit mehr Sicherheit für alle. Die gestrige Unterzeichnung des ersten Abkommen über konventionelle Abrüstung und die Annahme eines neuen Pakets von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zeichnen den Weg vor;

drittens sind auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums und die künftige Anerkennung von Prinzipien zur friedlichen Beilegung von Streitfällen ein unleugbarer qualitativer Fortschritt;

viertens soll im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit das bevorstehende Treffen in Krakau die letzten Barrieren und Beschränkungen in diesem Bereich abbauen. Gemeinsame Regeln müssen erarbeitet werden. Luxemburg wird 1995 europäische Kulturhauptstadt sein und es wird sich bemühen, während dieser zwölf Monate das Kulturzentrum des ganzen Kontinents zu sein;

fünftens schließlich müssen wir all unsere Kraft in den Dienst der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit stellen. Die Dogmen früherer Ideologien sind überholt. Die Regeln und die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft werden den Rahmen für gemeinsame Projekte im Interesse unseres ganzen Kontinents bilden. In diesem Zusammenhang freue ich mich über die eben hier von meinem niederländischen Kollegen Ruud Lubbers sowie vom Präsidenten der Kommission, Jaques Delor, vorgebrachten Ideen für den Energiebereich.

Allgemein ist zu sagen, daß unsere vorrangigen Aufgaben die folgenden sind: kurzfristig beizutragen zur Sicherstellung tragfähiger Bedingungen für die Bevölkerung Mittel- und Osteuropas, die noch durch die Unstrukturierung ihrer Wirtschaft bedingten Risiken ausgesetzt sind, die durch die Verteuerung der Energieversorgung noch erhöht werden.

Ich bin der Meinung, daß wir unserem Gebäude nun eine neues Prinzip hinzufügen müssen - das der Pflicht der Solidarität.

Die Solidarität ist die Grundlage unserer Gesellschaften. Sie ist aber auch die Grundlage des Prozesses der europäischen Integration, der vor mehr als dreißig Jahren begann. Die Solidarität ist sehr viel mehr als einheitliche Regelungen für die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten und der Unternehmer im Wirtschaftsbereich. In einigen Wochen wird mein Land den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft führen. Die Reaktion der Zwölf auf diese Pflicht der Solidarität gegenüber unseren neuen Partnern in Mittel- und Osteuropa wird ein Test für unsere Glaubwürdigkeit sein. Es wird sich dabei um eine unserer vorrangigen Pflichten handeln. Das läßt mich zum Abschluß noch einmal den Wert der drei Institutionen hervorheben, die durch jene, welche wir heute schaffen, wo immer nötig ergänzt werden. Erstere haben zum Erfolg des Unterfangens beigetragen, das vor fünfzehn Jahren in der finnischen Hauptstadt begonnen wurde und das auch künftig von ganz wesentlicher Bedeutung sein wird.

- Da ist zunächst das Atlantische Bündnis: dies ist ein Verteidigungsbündnis von sechzehn souveränen Staaten; gemäß seiner ursprünglichen Zielsetzung, doch mit veränderten Strukturen und Mitteln wird das Bündnis integrierender Bestandteil des künftigen kooperativen Sicherheitssystems auf unserem Kontinent sein. Durch dieses System wird eine weitere wichtige Voraussetzung für die Stabilität in Europa erfüllt; nämlich die Frage der Präsenz der amerikanischen und kanadischen Streitkräfte.
- Dann der Europarat: diese wichtige europäische Institution wird auch in Zukunft erste Hüterin der Regeln zum Schutz der Grundrechte

Hr. Santer

des Menschen und des Funktionierens der demokratischen Institutionen bleiben. Der sich von Jahr zu Jahr erweiternde Europarat liefert einen wichtigen Beitrag bei der Einrichtung neuer Institutionen in den jungen Demokratien Zentral- und Osteuropas.

Schließlich die Europäische Gemeinschaft: Als Anziehungspunkt und Katalysator für die Hoffnungen zahlreicher Völker des Großen Europa ist sie zu Ende dieses Jahrhunderts Eckstein der zukünftigen "europäischen Konföderation".

Die Gemeinschaft ist Ausdruck der Solidarität gegenüber den zahlreichen Herausforderungen, denen sich kein Land, so mächtig es auch sein mag, alleine zu stellen vermag. Luxemburg ist stolz, Gründungsmitglied dieser drei Institutionen zu sein.

Unsere Gemeinschaft befindet sich heute in einem ehrgeizigen Prozeß, dessen Ziel die Integration ist, und sie ist mit ihren Einrichtungen, die sich bewährt haben, in der Lage, den Europäern und der ganzen Welt ein originelles Modell für die Zukunft anzubieten, das auf der Würde basiert und das ausgerichtet ist an den Begriffen der sozialen Gerechtigkeit, der Achtung der Freiheit des einzelnen und der Entfaltung der menschlichen Person. Unter der Voraussetzung, daß wir das wollen, ist dieser Horizont nunmehr in Reichweite.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.